

über die 21. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 27.09.2017

**Sitzungsraum:** Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein  
**Beginn:** 17:05 Uhr  
**Ende:** 19:39 Uhr

**Anwesend:**

**Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Frau Brinja Bures

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Hasan Ergen

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Herr Patrick Fuest

Herr Florian Große-Allermann

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

bis einschließlich Tagesordnungspunkt ö 10

Frau Vanessa Klein

Frau Janne Koch

Herr Michael Lück

Frau Ann-Cathrin Nellen

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Herr Benedikt Reich

ab Tagesordnungspunkt ö 7

Herr Lucas Risse

Frau Kathrin Sarin

Herr Sven Schuhen

Herr Joris Schüller

Frau Monika Sikora

Frau Laura Töpfer

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Herr Bruno Kosmala

Herr Michael Nagy

Herr Peter Werner

**Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Werner Goller  
Frau Stefanie Rohm  
Herr Alexander Schumacher ab Tagesordnungspunkt ö 6

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Stephan Emmeler  
Herr Manfred Poell

**FDP**

Herr Andreas Wölk

**DIE LINKE**

Frau Badietül Gezici ab Tagesordnungspunkt ö 6

**Rechnungsprüfung**

Herr Georg Mittmann

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Sonja Baumhauer  
Frau Simone Feldmann  
Herr Martin Frömmer  
Herr Peter Heimann  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Frau Sabine Noll  
Frau Christiane Schärfke  
Herr Thomas Waters  
Herr Thomas Zitzmann

**Gast**

Herr Frank Hüser

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

**Entschuldigt fehlten:**

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Dr. Florian Klein  
Herr Tim Kögler  
Herr Steffen Pawlik  
Frau Bianca Rosenstetter

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Frau Gabriele Hackel

**von der Verwaltung**

Frau Gisela Herforth

**Tagesordnung:**

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Vorlage Nr.</b>
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der 20. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 12.07.2017 - öffentlicher Teil -	
3	Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (12.07.2017) - öffentlicher Teil	IX/1261
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner - 1. Unterbrechung	
5	Verlegung von zusätzlichen Stolpersteinen für Opfer der Zwangsarbeit sowie Herausgabe einer Broschüre	IX/1264
6	Monheim 4.0 – Projektbausteine 2018 und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017	IX/1251/2
7	Video-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim und seiner Ausschüsse im Internet	IX/1300/1
8	Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2018	IX/1242
9	Realisierung eines praxisorientierten Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge	IX/1248
10	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld über die Aufschaltung des Notrufs  Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner - 2. Unterbrechung	IX/1232
11	Einführung einer Rente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein	IX/1247/1
12	Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln aufgrund der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes rückwirkend ab dem 1. Juli 2017	IX/1240
13	Strategische Weiterentwicklung der VHS	IX/1233
14	Trägerschaft Kindertagesstätte Bregenzer Straße	IX/1230
15	Umgestaltung der Monheimer Bürgerwiese - Auswahl eines Planungsbüros Beratung	IX/1180
16	3. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"	IX/1254
17	9. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/1253
18	Änderung der Garten- und Bauordnung für die	IX/1281

Kleingartenvereine		
19	Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für die Baumaßnahme „Umgestaltung des Alten Marktes inkl. Kanalauswechslung“	IX/1236
20	Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für die Baumaßnahme „Umgestaltung Hauptstraße“	IX/1279
21	Bebauungsplan 145M "Unter den Linden" Satzungsbeschluss	IX/1243
22	Bebauungsplan 69B "Grazer Straße" 1. Behandlung der Anregungen 2. Satzungsbeschluss	IX/1237
23	Bebauungsplan 94.1M 3. Änderung "Am Kielsgraben" - Ergänzendes Verfahren	IX/1278
24	Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement	IX/1256
25	Neubau von 4 Kindertagesstätten - Baubeschluss -	IX/1245
26	Freianlagen an den Übergangwohnheimen Niederstraße - Baubeschluss -	IX/1265
27	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2016 und Entlastung des Bürgermeisters	IX/1270/1
28	Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2016	IX/1273
29	Entwurf Gesamtabschluss 2016	IX/1274
30	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.09.2017 zur Entwicklung eines umfassenden Elektromobilitätskonzeptes	IX/1280
31	Nachwahl in Ratsausschüsse und Nachbenennung im Jugendhilfeausschuss	IX/1268
32	Mündliche Mitteilungen	
33	Mündliche Anfragen	

### **Sitzungsergebnis:**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 21. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bürgermeister weist auf ergänzende Unterlagen zu Tagesordnungspunkt ö 10, Drucksache-Nummer IX/1232 „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld über die Aufschaltung des Notrufs“ hin, die vor der Sitzung an die Plätze verteilt wurden.

Anschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Frau Rosenstetter, Herr Dr. Klein, Herr Tim Kögler, Herr Pawlik - PETO-Fraktion und Frau Gabriele Hackel – CDU-Fraktion.

Verschiedene Ratsmitglieder werden verspätet an der Ratssitzung teilnehmen. Herr Lucas Risse, Herr Benedikt Reich, Herr Hasan Ergen (PETO-Fraktion), Frau Badietül Gezici - Die Linke und Herr Alexander Schumacher - SPD-Fraktion.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

**2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 20. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 12.07.2017 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (12.07.2017) - öffentlicher Teil  
Vorlage: IX/1261**

Der Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen wird zur Kenntnis genommen.

**4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner - 1. Unterbrechung**

Es liegen keine Wortmeldungen für die Fragestunde vor.

Der Bürgermeister schließt die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner und führt aus, dass die zweite Fragezeit um 18:00 Uhr oder nach Abhandlung des dann beratenden Tagesordnungspunktes aufgerufen werde.

**5 Verlegung von zusätzlichen Stolpersteinen für Opfer der Zwangsarbeit sowie Herausgabe einer Broschüre  
Vorlage: IX/1264**

**Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kölner Künstler Gunter Demnig mit der Anfertigung von 32 Stolpersteinen für die in der Anlage 1 genannten Opfer der Zwangsarbeit in Monheim und Baumberg zu beauftragen und deren Verlegung an den genannten Standorten durchzuführen.
2. Zur Information über das Schicksal aller 46 Personen, denen bereits ein Stolperstein gewidmet ist oder für die noch ein Stolperstein angefertigt wird, soll eine Broschüre erarbeitet werden.
3. Die Gesamtkosten in Höhe von 30.000 Euro zur Verlegung der zusätzlichen Stolpersteine sowie zur Erstellung der Broschüre werden überplanmäßig im Produkt Vorstandsbüro bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei der Kreisumlage im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft.

**einstimmig zugestimmt****6 Monheim 4.0 – Projektbausteine 2018 und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017**  
**Vorlage: IX/1251/2**

Nachfragen der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu verschiedenen Einzelheiten der Verwaltungsvorlage werden detailliert durch den Bürgermeister beantwortet.

Alle in der Vorlage aufgeführten Teilprojekte würden durch die Verwaltung entscheidungsreif vorbereitet und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt. Der heutige Beschluss beinhalte - bis auf die Beauftragung zur Umsetzung des lokalen Marktplatzes (Nr. 2 des Beschlusses) - die Beauftragung zur Weiterarbeit an dem Projekt Monheim 4.0.

**Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Teilprojekte aus dem Bereich „Monheim 4.0“ entscheidungsreif vorzubereiten.
2. Zur Umsetzung des lokalen Marktplatzes mit Lieferservice sowie Integration der Gastronomen und Dienstleister stimmt der Rat gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW in Verbindung mit der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 120.000 Euro zu. Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei der Kreisumlage. Für die Folgejahre 2018 bis 2020 werden hierfür jeweils 160.00 Euro etatisiert.

**einstimmig zugestimmt****7 Video-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim und seiner Ausschüsse im Internet**  
**Vorlage: IX/1300/1**

Zu den Nachfragen und Bedenken eines Sprechers der Fraktion Bündnis90/Die Grünen insbesondere im Hinblick auf die mögliche Weiterverbreitung von Bild- und Tonmaterial nimmt der Bürgermeister eingehend Stellung und erläutert zu den rechtlichen Hintergründen.

Weitere Fragen hinsichtlich der technischen Realisierung und bei der Anwendung des Video-Streamings werden umfassend beantwortet.

Die Nachfrage, ob angedacht sei, mit diesem System auch für Barrierefreiheit für Sehbehinderte oder Blinde herzustellen, wird durch den Bürgermeister negativ beantwortet.

**Beschluss**

1. Die öffentlichen Teile der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim am Rhein und seiner Ausschüsse sollen ab dem Jahr 2018 live ins Internet gestreamt und die Aufzeichnungen als Videoclips auf der Internetseite der Stadt zum Abruf bereitgestellt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Anpassung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vorzubereiten und dem Rat vor dem Echtbetrieb zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Ablauf eines Jahres eine Statistik über die Nutzung des Video-Streamings vorzulegen, so dass der Rat über die Fortführung des Angebots entscheiden kann.

**einstimmig zugestimmt**

**8 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2018  
Vorlage: IX/1242**

**Beschluss**

Die anliegende ordnungsbehördliche Verordnung zur Offenhaltung von Verkaufsstellen in der Stadt Monheim am Rhein an den genannten Sonntagen im Jahr 2018 wird beschlossen.

Die Anlage 1 dieser Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen: 22 PETO, 6 CDU, 3 SPD, 1 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Linke, 1 BM  
1 Nein-Stimme: Bündnis90/Die Grüne

**mehrheitlich zugestimmt**

**9 Realisierung eines praxisorientierten Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge  
Vorlage: IX/1248**

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, da man von dem Konzept und den damit verbundenen nicht unerheblichen Investitionen nicht überzeugt sei.

Es schließt sich eine kontrovers geführte Debatte zwischen den Fraktionen der PETO und von Bündnis90/Die Grünen an.

Vor dem Hintergrund des Wahlausgangs der Bundestagswahl, in der die AfD große Gewinne erzielen konnte, halte seine Fraktion die Förderung deutscher Mitbürger/innen ebenfalls für angezeigt.

Die Bildung weiterer Bildungsbausteine für benachteiligte Gruppen deutscher Mitbürgerinnen und Mitbürger sei aufgrund der bestehenden Vielzahl an Maßnahmen, die u.a. durch das Jobcenter und die Arbeitsagentur sowie kostenlose Angebote der VHS und der neu gegründeten Bildung<sup>3</sup> gGmbH nicht erforderlich, erklärt der Bürgermeister.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass man sich davor hüten solle, eine Neiddebatte anzustoßen. Das Konzept sei überzeugend und die Kosten angemessen, zumal der Stadt keine Kosten entstünden, wenn die vereinbarten Konzeptziele nicht erreicht würden.

Der Bürgermeister geht im weiteren Verlauf nochmals eingehend auf die Zielgruppe ein, für die das Konzept speziell für Monheim ausgearbeitet worden sei. So wie das Konzept angelegt worden sei, bestünde kein Risiko für die Stadt Monheim am Rhein. Für den durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen angesprochenen Förderungsbedarf für Mitbürgerinnen und Mitbürger, die nicht der entsprechenden

Zielgruppe zugehörten, sehe er derzeit den Bedarf nicht. Wo Handlungsbedarf bestehe, versuche die Stadt soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion bringt vehement zum Ausdruck, dass gerade in der Öffentlichkeit ein Signal gesetzt werden müsse, die Flüchtlinge zu unterstützen und hoffe auf eine breite Mehrheit, die dem vorgelegten Konzept zustimmen werde.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Umsetzung des Artech-Konzepts zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge und die damit verbundene Freigabe der mit einem Sperrvermerk versehenen Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 Euro (Beschlussvorlage IX/1113/1).

### **Abstimmungsergebnis:**

27 Ja-Stimmen: 22 PETO, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Linke, 1 BM  
9 Nein-Stimmen: 6 CDU, 3 SPD

### **mehrheitlich zugestimmt**

## **10 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld über die Aufschaltung des Notrufs Vorlage: IX/1232**

Eingangs teilt der Bürgermeister mit, dass am gestrigen Abend der Stadtrat der Stadt Langenfeld der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (örV) mit großer Mehrheit zugestimmt habe. Außerdem weist er auf die an die Plätze verteilten Unterlagen hin. Er äußert seine Verwunderung über die Rechtsauffassung der Kreisverwaltung Mettmann und der Bezirksregierung Düsseldorf. Die örV verstoße nicht gegen geltendes Recht, hält der Bürgermeister mit Hinweis auf die vorgelegten gesetzlichen Grundlagen und die rechtliche Stellungnahme von Herrn Dr. Heide, fest. Der bereits seit Jahren bestehende Status quo soll in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung niedergelegt werden, um ihn zu verstetigen und um ihn auch noch zu verbessern. Dies alles u.a. vor dem Hintergrund, dass eine Aufschaltung der Stadt Monheim auf die Kreisleitstelle vor dem Jahr 2021 nicht möglich ist. Die beste Lösung für die Monheimer Bürgerinnen und Bürger müsse das erklärte Ziel sein und das könne derzeit nur mit dem vorgelegten Beschluss erreicht werden.

Auf die Frage eines Sprechers der Fraktion Bündnis90/Die Grünen mit welchen Folgen man bei dem Versagen der Genehmigung der örV durch den Kreis zu rechnen habe, erläutert der Bürgermeister die rechtlichen Verfahrensschritte. Eindringlich weist er darauf hin, dass es politischer Wille sein müsse, die Hilfsfristen für die Monheimer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird von allen Fraktionen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass an erster Stelle immer die beste Versorgung der Monheimer Bevölkerung stehen müsse.

Unter Hinweis auf Gespräche mit der örtlichen Wehrleitung, wonach sich die jahrzehntelange praktizierte Alternative in der Praxis gut bewährt habe und die neue Kreisleitstelle erst ab 2021 funktionsfähig sei und man sich ungerne auf einen Rechtsstreit mit der Kreisverwaltung einlassen wolle, beantrage die CDU-Fraktion eine Beschlussergänzung mit dem Ziel, heute die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit Langenfeld abzuschließen; dies allerdings unter der Bedingung, dass nach Inbetriebnahme der neuen Kreisleitstelle eine erneute Überprüfung stattfinden solle,



ob eine Umschaltung für die Stadt Monheim angezeigt sei. Damit werde dem Kreis ein klares Signal gegeben, dass man sich nicht aus der Kreissolidarität verabschieden wolle und Kompromiss bereit sei.

Der Landrat sei nicht an einer Kompromisslösung in Form einer befristeten Vereinbarung interessiert, erklärt der Bürgermeister mit Hinweis auf E-Mails und Telefonate, die er mit diesem geführt habe. Unverständlich sei für ihn auch, dass der Kreis die Zusammenarbeit von zwei kreisangehörigen Städten im Rettungsdienst gestatte. Auch die Genehmigungspraxis der Bezirksregierung stelle sich in anderen Fällen anders dar, als in ihrem vorliegenden Schreiben ausgeführt.

Ihre Fraktion werde der Beschlussergänzung nicht zustimmen, erklärt die Sprecherin der PETO-Fraktion, da sie keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung habe.

Aufgrund der dargelegten Informationen und vor dem Hintergrund der bestmöglichen Versorgung der Monheimer Bürgerinnen und Bürger sei eine Zustimmung zu der Vereinbarung unerlässlich, erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion.

Diesen Ausführungen schließt sich der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen an. Allerdings stimme er für den Antrag der CDU-Fraktion, wonach eine Überprüfung einer Umschaltung nach Fertigstellung der neuen Kreisleitstelle erfolgen solle.

Auf die Aussage des Sprechers der CDU-Fraktion, wonach nach Aussagen der Monheimer Wehrleitung eine neue Kreisleitstelle als beste Lösung für die Monheimerinnen und Monheimer angesehen werde, entgegnet der Bürgermeister, dass die Feuerwehrleitung im Hinblick auf eine künftige Umschaltung auf die neue Kreisleitstelle keine Empfehlung abgegeben habe.

Die qualitativen Probleme werde es sicher dann nicht mehr geben. Außerdem sei die Qualität der Kreisleitstelle und der Langenfelder gleichwertig. Durch den vorgeschlagenen Ergänzungsantrag werde der neue Rat der nächsten Wahlperiode gebunden, das wolle er vermeiden, erklärt der Bürgermeister.

Fragen des Ratsmitglieds der FDP nach der Kostenbeteiligung werden eingehend und umfassend durch den Bürgermeister beantwortet. Danach sollen 65% der Kosten für die Kreisleitstelle (Gesamtkosten 3,1 Mio EUR) auf den Rettungsdienst entfallen, der durch die Krankenkassen finanziert werde. Die restlichen 35% würden von den kreisangehörigen Gemeinden für Brand- (20%) und Katastrophenschutz (15%) aufgebracht werden. Diese Kosten würden entsprechend der Einwohnerzahl auf die Städte verteilt, wobei für die Städte, die die Kreisleitstelle nicht nutzen würden, ein Abzug von 50% gewährt werden würde. Nach derzeitiger Berechnung beliefen sich die Kosten für Monheim auf ca. 200.000 bis 250.000 EUR. Die Kosten für eine Umschaltung auf die Leitstelle Langenfeld seien deutlich geringer.

Aufgrund der vorangegangenen Beratungen werde seine Fraktion der Beschlussvorlage in unveränderter Form zustimmen, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Nach Aufforderung durch den Bürgermeister formuliert der Sprecher der CDU-Fraktion deren Antrag. In die öffentlich-rechtliche Vereinbarung solle eine Formulierung Eingang finden, wonach das Vertragswerk nach Fertigstellung der Kreisleitstelle neu verhandelt werden solle.

Die Stadt Langenfeld habe diese öV bereits unterzeichnet, stellt der Bürgermeister fest. Ein erneuter Ratsbeschluss des Langenfelder Stadtrates werde notwendig.

Anstelle der Änderung der örV, könne er sich eine Änderung bzw. Ergänzung der Beschlussempfehlung vorstellen. Allerdings könne auch durch diese eine rechtliche Auseinandersetzung mit dem Kreis nicht verhindert werden.

Er nimmt Bezug auf die Ausführungen der Sprecherin der PETO-Fraktion hinsichtlich einer Befristung der örV. Danach könne der Landrat dem Kompromiss gar nicht zustimmen, da er einerseits bei jetziger Genehmigung nach seiner Rechtsauffassung unrechtmäßiges Handeln dulden würde oder andererseits zugestehen müsse, dass die örV rechtlich nicht zu beanstanden sei. Dann läge allerdings auch kein Grund für eine Befristung vor.

Diese Auffassung wird von der Sprecherin der PETO-Fraktion nochmals bekräftigt. Für ihre Fraktion käme die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Variante heute so nicht in Betracht.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt in seiner Wortmeldung aus, dass seine Fraktion von dem ursprünglichen Antrag auf Änderung des Vertragswerkes abrücken wolle. Alternativ schlage er vor, den Beschlussvorschlag um einen weiteren Punkt zu erweitern. Er schlägt folgende Formulierung vor:

„Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung vor Fertigstellung und Inbetriebnahme der Kreisleitstelle eine entscheidungsreife Vorlage dem Rat und seinen Ausschüssen zur Frage der Aufschaltung auf die neue Kreisleitstelle vorzulegen.“

Gegen diese Ergänzung des Beschlussvorschlages als Nr. 4 ergeben sich keine Widersprüche und Bedenken.

Vor Abstimmung weist der Bürgermeister darauf hin, dass die Beschlussempfehlung um einen weiteren Punkt ergänzt werden müsse. Er verliest die ergänzende Beschlussformulierung zu Nr. 3.

Nach der Abstimmung sagt der Bürgermeister auf Nachfrage des Einzelratsmitglieds der FDP zu, über die Reaktion der Kreisverwaltung und der Bezirksregierung zu berichten.

### **Beschluss mit Ergänzungen**

1. Der Rat der Stadt Monheim ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss der als Anlage 2 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld über die Aufschaltung des Notrufs auf die dortige Einsatzzentrale. Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der zu Ziffer 1 beschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sowie mit der Durchführung aller hierfür erforderlichen Schritte beauftragt.
3. Zur Umsetzung der Aufschaltung des Notrufs bei der Stadt Langenfeld stimmt der Rat gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW in Verbindung mit der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 160.000 EUR zu. Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei der Kreisumlage.
4. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung vor Fertigstellung und Inbetriebnahme der Kreisleitstelle eine entscheidungsreife

Vorlage dem Rat und seinen Ausschüssen zur Frage der Aufschaltung auf die neue Kreisleitstelle vorzulegen.

**einstimmig zugestimmt**

### **Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner - 2. Unterbrechung**

Der Bürgermeister ruft erneut die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 11 meldet Herr Fuest - PETO - Ausschlussgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

### **11 Einführung einer Rente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein Vorlage: IX/1247/1**

Die Sprecherin der PETO-Fraktion bedankt sich ausdrücklich bei Frau Schärfke für die gute Arbeit im Zusammenhang mit dieser Verwaltungsvorlage.

#### **Beschluss**

1. Der Rat beschließt die anliegende Richtlinie als Grundlage zur Umsetzung der Rente für ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige, die ab dem 01.01.2018 Anwendung findet. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die für das Jahr 2016 bereitgestellten Mittel werden in Form einer Sondereinlage in die Versicherung eingebracht und auf diejenigen aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr gleichmäßig verteilt, die bereits zehn Jahre oder länger die Feuerwehr unterstützen. Die für das Jahr 2017 bereitgestellten Mittel werden auf alle zum Stichtag 01.01.2017 aktiven Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr verteilt.

**einstimmig zugestimmt**

Herr Fuest nimmt wieder seinen Platz ein.

### **12 Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln aufgrund der Änderung des Unterhaltungsvorschussgesetzes rückwirkend ab dem 1. Juli 2017 Vorlage: IX/1240**

Auf Nachfrage des Sprechers der SPD-Fraktion, ob durch das erhöhte Antragsaufkommen auf die Stadt noch weitere Leistungen, z.B. in Form von Personalkosten, zukommen, erklärt die Verwaltung, dass eine Mitarbeiterin in diesem Bereich ihre Stundenzahl erhöht habe.

#### **Beschluss**

1. Durch die Änderung des Unterhaltungsvorschussgesetzes (UVG) rückwirkend zum 01. Juli 2017 wird gemäß § 83 I der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i.V.m. § 7 Abs. 1 der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2017 beim Produkt Hilfen für junge Menschen und ihre Familien (06.03.00) bei den Sonstigen sozialen Leistungen (Sachkonto 5339000; Kostenstelle 3209001; Kostenträger

06030200) ein Betrag in Höhe von insgesamt 500.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt.

2. Die Deckung erfolgt durch eine höhere Kostenerstattung des Landes für die UVG-Leistungen in Höhe von 130.000 Euro für das zweite Halbjahr 2017 und durch Minderaufwand bei der Kreisumlage.

**einstimmig zugestimmt**

**13 Strategische Weiterentwicklung der VHS**  
**Vorlage: IX/1233**

**Beschluss**

- 1.) Die strategische Weiterentwicklung der VHS Monheim am Rhein wird gemäß dem beiliegenden Konzept beschlossen. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Zur Umsetzung der strategischen Weiterentwicklung der Volkshochschule werden die im Punkt 4 der Anlage 1 benannten Personalressourcen im Stellenplan berücksichtigt.

**einstimmig zugestimmt**

**14 Trägerschaft Kindertagesstätte Bregenzer Straße**  
**Vorlage: IX/1230**

**Beschluss**

1. Der educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH, Köln wird die Trägerschaft der neu zu errichtenden Kindertagesstätte an der Bregenzer Straße im Ortsteil Baumberg übertragen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt.
2. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt den gesetzlichen Trägeranteil der educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH (derzeit in Höhe von 9%) bezogen auf die vorgesehenen vier Kita-Gruppen ab Inbetriebnahme und für die Dauer der Laufzeit der Trägerschaft.
3. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt die für Trägerschaft und Betrieb der Einrichtung sowie Nutzung des städtischen Gebäudes (einschließlich Inventar) notwendigen Verträge mit dem educcare Bildungskindertagesstätten gGmbH abzuschließen.

**einstimmig zugestimmt**

**15 Umgestaltung der Monheimer Bürgerwiese - Auswahl eines Planungsbüros**  
**Beratung**  
**Vorlage: IX/1180**

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass er im Zusammenhang mit dieser Vorlage auf den - besonders nach Regenfällen - sehr schlechten Zugang zur Baumberger Bürgerwiese hinweisen wolle. Seines Erachtens fehle dort eine Drainage. Er fragt nach, ob die Verwaltung für diesen Bereich ein Optimierungskonzept vorgesehen habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass derzeit an der Renovierung der Zuwegung gearbeitet werde. Gleichzeitig sichert er eine Überprüfung zu und erklärt, dass die Verwaltung in diesem Bereich tätig werde.

### **Beschluss**

1. Der Rat nimmt das Ergebnis des Auslobungsverfahrens für die Umgestaltung der Bürgerwiese zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt, das Planungskonzept B gemäß Anlage weiterzuverfolgen.
2. Vor der Ausschreibung Vergabe von Bauleistungen soll das Ergebnis der Planung im Rat vorgestellt werden.

**einstimmig zugestimmt**

- 16 3. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012" Vorlage: IX/1254**

### **Beschluss**

Die 3. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

- 17 9. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" Vorlage: IX/1253**

### **Beschluss**

Die 9. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

- 18 Änderung der Garten- und Bauordnung für die Kleingartenvereine Vorlage: IX/1281**

Der Bürgermeister erläutert eingehend zu den Hintergründen der Vorlage.

Mit der vorgeschlagenen Änderung wolle man den Kleingartenvereinen eine gute Grundlage zur Handhabung in gleichgelagerten Fällen bieten.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt:

1. Gliederungspunkt 9.30 - Rücksichtnahme - der Garten- und Bauordnung des

Stadtverband Monheim der Kleingärtner e.V., ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt um folgenden Satz zu ergänzen: „*Ferner ist das Hissen von gesetzlich verbotenen Flaggen sowie von solchen Flaggen, die Hoheitszeichen gleich welcher Art außerhalb ihres zeitlichen Geltungsbereiches zeigen, insbesondere Reichskriegsflaggen, untersagt.*“

2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, den Stadtverband Monheim am Rhein der Kleingärtner e.V. über die zu Ziffer 1. erfolgte Beschlussfassung zu informieren und um weitere Veranlassung zu ersuchen.

**einstimmig zugestimmt**

- 19 Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für die Baumaßnahme „Umgestaltung des Alten Marktes inkl. Kanalauswechslung“  
Vorlage: IX/1236**

**Beschluss**

1. Für die Straßenbaumaßnahme „Umgestaltung des Altstadtplatzes Alter Markt“, Investitionsnummer I6004.072, Sachkonto 0451003, Kostenstelle 6004001, Kostenträger 12010302 werden 460.000,00 € überplanmäßig gem. § 83 I der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i.V.M. § 7 Abs. 1 der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2017 bereitgestellt.

2. Die Deckung erfolgt in voller Höhe durch Minderaufwendungen bei der Kreisumlage.

**einstimmig zugestimmt**

- 20 Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für die Baumaßnahme „Umgestaltung Hauptstraße“  
Vorlage: IX/1279**

**Beschluss**

1. Für die Straßen- und Kanalbaumaßnahme „Umgestaltung Hauptstraße“, Investitionsnummer I6004.056, Kostenstelle 6004001, Kostenträger 12010302 werden 250.000,00 € überplanmäßig gem. § 83 I der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i.V.M. § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein, geändert durch die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017.

2. Die Deckung erfolgt in voller Höhe durch die in diesem Jahr nicht notwendigen Maßnahmen „Rückbau Haltestelle Am Markt“ (I6004.080 180.000 €) und die entfallene Maßnahme „Carsharing-Parkplatz Monheimer Tor“ (I6004.210 70.000 €).

**einstimmig zugestimmt**

- 21 Bebauungsplan 145M "Unter den Linden" Satzungsbeschluss  
Vorlage: IX/1243**

**Beschluss**

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur

Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.

- Der Bebauungsplan 145M „Unter den Linden“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

**Abstimmungsergebnis:**

29 Ja-Stimmen: 21 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Linke, 1 BM

6 Nein-Stimmen: CDU

**mehrheitlich zugestimmt**

**22 Bebauungsplan 69B "Grazer Straße"**

**1. Behandlung der Anregungen**

**2. Satzungsbeschluss**

**Vorlage: IX/1237**

**Beschluss**

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 69B „Grazer Straße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

**einstimmig zugestimmt**

**23 Bebauungsplan 94.1M 3. Änderung "Am Kielsgraben"**

**- Ergänzendes Verfahren**

**Vorlage: IX/1278**

**Beschluss**

1. Der Bebauungsplan Nr. 94.1 M "Am Kielsgraben" in der Fassung der ortüblichen Bekanntmachung vom 16.12.2016 wird für unwirksam erklärt.
2. Statt der unwirksamen Planurkunde wird der Bebauungsplan Nr. 94.1 M "Am Kielsgraben" in der Fassung der 3. Änderung und der erneuten öffentlichen Auslegung vom 15.09.2016 bis 18.10.2016 rückwirkend zum 16.12.2016 erneut als Satzung beschlossen.

**einstimmig zugestimmt**

**24 Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement**

**Vorlage: IX/1256**

Grundsätzlich werde die Vorlage begrüßt, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Seine Fraktion beantrage, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, als dass der Klimaschutzbeauftragte zukünftig bei jedem öffentlichen Neubauvorhaben grundsätzlich in die Planung einzubeziehen sei.

Der Klimaschutzmanager solle nicht als weitere Prüfinstanz bei Neubauprojekten eingesetzt werden, erklärt der Bürgermeister. Er halte es nicht für sinnvoll noch

weitere zeitaufwändige Stellungnahmen bei Neubauprojekten einzufordern. Durch die Verwaltung wird weiterhin ausgeführt, dass bereits heute der Klimaschutzbeauftragte in ständigem Austausch mit den zuständigen Fachbereichen stehe. Auch aus personellen Gründen halte man eine generelle Prüfung bei öffentlichen Neubauvorhaben durch den Klimaschutzmanager nicht für machbar, weil ansonsten die anderen Handlungsfelder nicht ausreichend bearbeitet werden könnten. Bei schwierigen Fragen sei die Einbeziehung des Klimaschutzbeauftragten jederzeit möglich.

Der Bürgermeister stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis90/die Grünen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung über Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:**

3 Ja-Stimmen: 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke  
22 Nein-Stimmen: PETO  
10 Enthaltungen: 6 CDU, 3 SPD, 1 FDP

#### **mehrheitlich abgelehnt**

Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu Abstimmung.

#### **Beschluss**

- 1) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung die Projektlaufzeit des Klimaschutzmanagements um zwei Jahre zu verlängern, sofern die Gewährung von Fördermitteln sichergestellt ist.
- 2) Die für die Fortsetzung des Programms notwendigen Mittel in Höhe von 131.359,- EUR werden, ebenso wie die Fördermittel des Bundesministeriums für Naturschutz, Umwelt und Reaktorsicherheit in Höhe von 52.544,- EUR, in der Haushaltsplanung 2018 beim Produkt 14.01.00 „Umweltangelegenheiten und Klimaschutz“ berücksichtigt.
- 3) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt den Klimaschutzmanager mit der Umsetzung der zusätzlichen Maßnahmen (Liste siehe Anlage).
- 4) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt den Klimaschutzmanager mit der Fortführung des Controllings.

#### **einstimmig zugestimmt**

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 25 meldet Herr Nagy - CDU - Ausschlussgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

#### **25 Neubau von 4 Kindertagesstätten - Baubeschluss - Vorlage: IX/1245**

#### **Beschluss**

1. Die Neubaumaßnahmen zur Errichtung der 4 Kindertagesstätten sind entsprechend der Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Haushalt unter den Investitionen I7102.008, I7102.089, I 7102.090 sowie I7102.091 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 13,0 Mio. EUR.

#### **einstimmig zugestimmt**



Herr Nagy nimmt wieder seinen Platz ein.

**26 Freianlagen an den Übergangwohnheimen Niederstraße  
- Baubeschluss -  
Vorlage: IX/1265**

**Beschluss**

1. Die Freianlagen/Außenanlagen für die Übergangwohnheime an der Niederstraße sind entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt zu 150.000,00 Euro über die in Teilfinanzplan B unter I7102.060 bereit gestellten Haushaltsmittel und zu 350.000,00 Euro über die im Haushaltsplan 2018 unter I7102.117 zu veranschlagenden Haushaltsmittel.

**einstimmig zugestimmt**

**27 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein  
2016 und Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage: IX/1270/1**

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass er bei Nr. 2 des Beschlussvorschlages nicht mitstimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

zu Ziffer 2: ohne die Beteiligung des Bürgermeisters

**Beschluss**

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss zum 31.12.2016 fest.
2. Der Rat entlastet gemäß § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW den Bürgermeister.

**einstimmig zugestimmt**

**28 Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2016  
Vorlage: IX/1273**

**Beschluss**

Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 77.882.300,72 EUR zur Erhöhung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 25.841.861,83 EUR und zur Erhöhung der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 52.040.438,89 EUR zu verwenden.

**einstimmig zugestimmt**

**29 Entwurf Gesamtabschluss 2016  
Vorlage: IX/1274**

Frau Noll erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation\* den Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2016.

\* Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Noll und dem Finanzbereich für die gute Arbeit und stellt als besondere Leistung heraus, dass der Gesamtabschluss innerhalb der vorgesehenen gesetzlichen Frist aufgestellt worden sei.

### **Beschluss**

Der von der Kämmerin aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein sowie die Gesamtergebnisrechnung, die Gesamtbilanz, der Gesamtanhang und der Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2016 werden zur Kenntnis genommen. Der Gesamtabschluss wird mit den o. g. Anlagen dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gemäß §§ 101 und 116 GO NRW zugeleitet.

**einstimmig zugestimmt**

**30 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.09.2017 zur Entwicklung eines umfassenden Elektromobilitätskonzeptes  
Vorlage: IX/1280**

Der Bürgermeister erklärt, dass durch den Verweis des Antrages zur Beratung in den Fachausschuss, der Verwaltung ausreichend Zeit eingeräumt werde, um verschiedene in dem Antrag angesprochene Themenfelder aufzuarbeiten.

### **Beschluss**

Der Antrag wird in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr zur weiteren Beratung verwiesen.

**einstimmig zugestimmt**

**31 Nachwahl in Ratsausschüsse und Nachbenennung im Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: IX/1268**

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass er bei Nr. 1 des Beschlussvorschlages nicht mitstimmt.

### **Beschluss**

1. Die Nachbesetzungen im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung wird gemäß der beigefügten Anlage 1 beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Der Rat nimmt die Nachbesetzungen im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.

**einstimmig zugestimmt**

zu Ziffer 1: ohne die Beteiligung des Bürgermeisters

**32 Mündliche Mitteilungen**

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

**33 Mündliche Anfragen**

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Besuchern für ihr gezeigtes Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin